

GASTKOMMENTAR

## Währungsunion erfordert Wirtschaftsunion

VON HANNES ANDROSCH



Die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union ist in etwa gleich groß wie jene der Vereinigten Staaten von Amerika. Aber die wirtschaftliche Dynamik und das Wachstum fallen in Europa deutlich schwächer aus.

Als Folge davon herrscht in Europa eine Rekordarbeitslosigkeit. Dreißig Millionen Menschen sind ohne Beschäftigung. Weiters haben die meisten europäischen Staaten mit großen

Budgetproblemen zu kämpfen. Auf Grund rigoroser Einsparungsmaßnahmen unterbleiben wichtige Investitionen in Zukunftsaufgaben – wie Bildung, Universitäten, Wissenschaft, Forschung, aber auch in die Verkehrsinfrastruktur oder die Sicherung der Energieversorgung. Eine kurzfristige Politik.

**ANSTRENGUNGEN** Die USA geben beispielsweise 100 Milliarden Euro mehr für Forschung aus als Europa, relativ gesehen gibt Japan noch mehr aus. China und Indien unternehmen größte Anstrengungen, um aufzuholen. Europa hingegen droht weiter abzufallen.

Seit 1. Jänner 2000 haben zunächst zwölf Mitgliedsländer der EU – bald werden es 15 und dann 18 sein – mit dem Euro als Zahlungsmittel eine Währungsunion gebildet. Diese hat sich, allen Unkenrufen zum Trotz, inzwischen mehr als fünf Jahre lang bewährt.

Bedauerlicherweise aber hat die Europäische Zentralbank ein Mandat, das ausschließlich auf die Bekämpfung der Inflation abzielt. Was fehlt, ist der zusätzliche Auftrag, auf die gesamtwirt-

schaftliche Entwicklung und das Wachstum stärker Bedacht zu nehmen.

Die Wirtschaftspolitik der EU wird nach wie vor auf nationaler Ebene gestaltet. Einigen Ländern – wie den skandinavischen – gelingt dies besser, anderen, wie Frankreich, Deutschland oder Italien, schlechter. Österreich bewegt sich gerade noch im Mittelfeld. Die Summe der nationalen Einzelinteressen ergibt aber alles andere als ein befriedigendes EU-weites Gesamtergebnis.

**WIRTSCHAFTSPAKT** Völlig zu Recht hat daher der ehemalige französische EU-Kommissionspräsident Jacques Delors (1985 bis 1995), unter dem der europäische Binnenmarkt geschaffen wurde, einen gemeinsamen Wirtschaftspakt gefordert.

Zwar verfügt die Union über einen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Dieser bezieht sich jedoch vor allem auf einengende Budgetdefizit-Ziele, die oft genug zur Falle für wirtschaftliches Wachstum geworden sind.

Europa hat zwar eine sehr hohe Sparquote, aber gleichzeitig eine extrem hohe Arbeitslosigkeit, eine zu geringe Nachfrage und eine Output-Lücke, weil eine gemeinsame steuernde Wirtschaftspolitik fehlt.

Die Agrarsubventionen verschlingen nahezu die Hälfte des EU Budgets, das insgesamt nur ein Prozent der Wirtschaftsleistung aller EU-Länder ausmacht. Eine unerträgliche, geradezu obszöne Situation, die es zu ändern gilt.

Neben vielen anderen Problemen in der EU – wie eine gemeinsame Verfas-

sung oder eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik – benötigt die EU in Ergänzung zur Währungsunion auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, die auch auf die Verbesserung des Standortes Europa und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete sein muss.

**HÖCHSTE PRIORITÄT** Dieses Ziel, dem höchste Priorität zukommt, ist eine der ganz großen Herausforderungen der heurigen Präsidentschaft von Österreich im ersten Halbjahr und dann von Finnland im zweiten Halbjahr 2006.



► **DR. HANNES ANDROSCH,**  
*Industrieller, ehemals CA-Generaldirektor, Vizekanzler und von 1970–1981 Finanzminister.*